

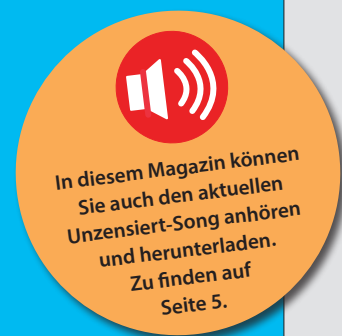


FEUER FREI!

MAGAZIN FÜR MÜNDIGE BÜRGER

FÜR FRIEDEN
UND FREIHEIT
WELTWEIT!

www.unzensiert-allgaeu.de



Krieg ist kein Computerspiel

■ Was ist los in diesem Land? Noch nie seit der Kuba-Krise im Oktober 1962 war die Gefahr eines dritten Weltkriegs größer als heute. Als die Konfliktparteien USA und UdSSR damals aneinander gerieten, siegte die Vernunft der Präsidenten beider Länder, John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow. Nicht zuletzt deshalb, weil beide Parteien um die Konsequenzen eines Atomkriegs wussten.

Was bis vor wenigen Jahren gar nicht denkbar war, könnte jetzt Realität werden. Der große Unterschied zu damals ist, dass wir es diesmal nicht mit verantwortungsvollen westlichen Politikern zu tun haben, sondern mit Machtmenschen, Geostrategen und NATO-Fanatikern. Es geht nicht mehr darum, das eigene Land zu schützen, sondern den angeblichen Feind zu schwächen, im Idealfall zu vernichten.

Mit der Aussage von Kanzler Merz, er habe keine Angst vor einem Krieg gegen Russland, möchte er wohl den Black Rocks dieser Welt die zerstörte Ukraine zum Wiederauf-

bau auf dem Tablett servieren. Wie anders ist seine Raketenlieferung ohne Reichweiten-Beschränkung zu deuten? Sie alle verdienen am Krieg, zuerst an Waffen und Zerstörung und dann am Wiederaufbau. Von den Bodenschätzen ganz zu schweigen. Eines ist klar: Russland wird sich schadlos halten, ähnlich wie die USA. Die Ukraine und Mitteleuropa werden leiden, und Deutschland besonders.

Wer heute noch fragt, warum die Bevölkerung im Dritten Reich alles mitgemacht hat, der muss sich nur umsehen. Außer bei ein paar wenigen Friedensdemonstranten herrscht weitestgehend Schweigen im Lande. Da droht eine große Gefahr, die größte seit besagter Kuba-Krise, und die Bevölkerung geht zur Tagesordnung über. Und was noch erschreckender ist, die meisten jungen Menschen im Land checken überhaupt nichts. Im Gegenteil. Wenn wir für den Frieden auf die Straße gehen, ernten wir oft höhnisches Gelächter von jungen Schnöseln, die kei-

nen Plan und keine Vorstellung davon haben, was es bedeutet, in den Krieg ziehen zu müssen. Die immer noch glauben, es ginge um Computerspiele wie War Thunder oder World of Tanks. Nach der letzten Patrone können wir ja ausschalten und Party machen.

Was treibt die deutsche Politik an, sich wieder für den Kampf gegen Russland zu entscheiden? Alle Welt weiß mittlerweile, dass in der Ukraine ein korrupter Präsident einer von Nazis durchgesetzten Regierung vorsteht. Welche Demokratie und welche Werte sollen denn da verteidigt werden? Selenskyj hat die Opposition verboten, verweigert Wahlen, hat die Medien in der Hand und Millionen auf seinen Auslandskonten. Dieser Krieg ist ein lukratives Geschäft für viele, nur nicht für die Bevölkerung.

Schon Salomon wusste: Die Böses planen, haben Trug im Herzen, aber die zum Frieden raten, haben Freude. Und wir Bürger müssen zu letzteren gehören, falls wir nur einen Funken Verstand besitzen. | HM ■



Kemptener Appell für den Frieden

spitzen auch deutlich zum Ausdruck zu bringen.

Die deutschen Politiker, allen voran Bundeskanzler Friedrich Merz, spielen mit dem Feuer. Die Lieferung von Langstreckenraketen an die Ukraine ohne jegliche Reichweitenbeschränkung wird von Russland zu Recht als Kriegserklärung eingestuft.

Wir vom Kreisverband Kempten-Oberallgäu-Lindau der Partei **dieBasis** rufen parteiübergreifend alle Menschen auf, sich dieser Politik entgegenzustellen. Wir bitten alle Landräte, Kreisräte, Bürgermeister und Stadt- oder Gemeinderatsmitglieder, sich diesem Kriegskurs zu verweigern und dies gegenüber ihren jeweiligen Partei-

Aus Erfahrung wissen wir, dass Appelle an den Bundestag, den Bundeskanzler oder den Bundespräsidenten unbeachtet bleiben. Wir friedliebenden Bürger müssen deshalb an der Basis zeigen, dass wir eine andere Politik wollen. Wir wünschen in Frieden, Respekt und guter Nachbarschaft mit allen Ländern zu leben und Konflikte auf diplomatischen Wegen friedlich zu lösen.

Die Partei **dieBasis** appelliert dringend an alle, jetzt Haltung zu zeigen, um eine weitere Eskalation der deutschen Beteiligung an diesem kriegesischen Konflikt zu verhindern. Die Partei **dieBasis** steht für eine aktive Friedenspolitik, denn ohne Frieden gibt es keine Sicherheit.

Dieser Krieg wird nicht im Namen der Bevölkerung geführt. Wir wünschen uns ein deutliches Signal aller friedliebenden Bürger dieser Stadt, dieses Landes, unabhängig aller Weltanschauungen und parteipolitischen Hürden.

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“
(Willy Brandt)

dieBasis
Kreisverband Kempten-
Oberallgäu-Lindau

Die Vorstandschaft
Paul Selig
Herbert Mayer

im Namen aller Mitglieder
und friedliebender Menschen



„Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“

Gedanken eines 86-Jährigen

VON HEINZ MORHARD

■ 1958: mein Abitur mit dem Deutschaufsatz „Vergessen ist Gnade und Gefahr zugleich“. Der erste Präsident der BRD, Theodor Heuss, mahnte damit in den frühen Jahren der Republik, als die Jahre und der Schrecken des Naziregimes und des Zweiten Weltkrieges noch sehr aktuell waren. Überall in Deutschland hieß es: „Nie wieder Krieg!“ Doch bereits in den 1950er-Jahren wurde in der BRD die Bundeswehr und in der DDR die Volksarmee geschaffen. Dann kam die Wiedervereinigung. Der „böse Feind“ – die UdSSR – mit Michael Gorbatschow schuf dafür die Grundvoraussetzungen. Damals glaubten wir, dass Kriege, zumindest in Europa, nicht mehr akzeptiert würden. Die Vorgänge auf dem Balkan belehrten uns schnell eines Besseren. Für uns Deutsche schien dennoch der Friede gesichert. Die UdSSR gab es nicht mehr, Russland verzieh uns sogar den Angriffskrieg von 1939! Wie kam es dazu, dass wir genau in diesem Russland wieder einen Gegner sehen bzw. haben?

Die Hochstimmung durch die Wiedervereinigung ließ uns nicht nur sicher vor einem Krieg erscheinen. Nein: Sie wandelte uns geradezu zu Friedensfürsten: Wir wurden überheblich, vor allem im Westen, wandelten uns selbstgerecht zu Gutmenschen. Die neue BRD wurde immer mehr zur unangefochtenen „Friedensmacht unseres Planeten“. Wurde uns nicht bewusst, dass wir uns dem näherten, was im Vorkriegs-Deutschland, bereits vor 1914, eine unangenehme Erscheinung war, nämlich die Parole: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“? Vielleicht war diese anmaßende Äußerung, schlussendlich ein Ausdruck eines Minderwertigkeitsgefühls gegenüber den damaligen Großmächten (Großbritannien, Frankreich, Russland). Dieses wurde dann noch gefördert durch den verlorenen Ersten Weltkrieg und durch den darauf folgenden Friedensvertrag, der jegliche Art von Verständnis und Einfühlungsvermögen vonseiten der Siegermächte vermissen ließ. Für auf Ausgleich bedachte Staatsmänner wie Stresemann bestanden somit kaum

Chancen, eine entspannte Lage zu erreichen. Was dann kam, wissen wir alle! Und trotz dieses Wissens kursieren auch heute wieder – wie damals! – ernstzunehmende Bestrebungen, militärisch hochzurüsten. Ein Vergessen nach nicht mal 90 Jahren? Spricht das nicht für ein Nachlassen des Kurzzeitgedächtnisses, einem ersten Zeichen einer Demenz? Um es drastisch auszudrücken: einer Verblödung? Umfragen zeigen allerdings, dass das nicht unbedingt für die Mehrheit der Bevölkerung gilt! Was treibt dann Menschen, vor allem Politiker, aber auch Mächtige in den Institutionen unserer Gesellschaft dazu, eine gefährliche Aufrüstung zu fordern, mehr noch – massiv voranzutreiben. Um des Friedens willen? Ist das nicht der Gipfel eines Wahns?

Mein Gott, jetzt habe ich ganz vergessen, dass Fragen zu stellen in unserem Staat den Verdacht erweckt, ein Rechtsradikaler zu sein. Noch dazu nachdem ich nicht Putin – oder vielleicht jetzt auch noch Trump, das ist aber von unseren Medien noch nicht ganz entschieden – als Verursacher, als den Schuldigen, den Bösen genannt habe.

Wahrscheinlich ist aber etwas ganz anderes, etwas Bedrohlicheres: Wir – zumindest die westliche Welt – sind zurückgefallen in Zeiten der Glaubenskriege. Das große Problem dabei: Glaube wird gleichgesetzt mit Wissen. Glaube muss nicht nur verteidigt werden, Irrglauben bekämpft werden, nein: Es muss missioniert werden! Mit allen derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln! Nicht nur mit den angepassten Medien. In der heutigen (wie übrigens auch in früheren Zeiten!) am glaubwürdigsten mit der Wissenschaft. Deren Erkenntnisse (?) gelten als objektiv, ja als wahr. Mit der Wahrheit aber wurde schon immer Schindluder getrieben. Genau so ist es mit der Wissenschaft! Sie unterliegt nicht nur dem Zeitgeist (Goethe: „Und was man so den Geist der Zeiten heißt, das ist doch nur der Herren eigener Geist“), sondern noch mehr dem Geld und der Macht. Schließlich wird sie von diesen finanziert. So einfach ist das! ■



Wann hat das angefangen?

VON MARTINA LAABE

■ Im Haus nebenan sind neue Nachbarn eingezogen. Als erstes versehen sie alle Fenster mit Plissees, mit deren Hilfe sie Dreiviertel eines jeden Fensters dichtmachen, so dass gerade noch etwas Licht in die Zimmer fällt. In den Straßen des kleinen Ortes kann man an den Fenstern die Geburtsjahrgänge der Besitzer erkennen, Plissees gehören der neueren Generation an. In den 70er- und 80er-Jahren war es cool, in der ersten eigenen Bude keine Gardinen zu haben, sehr zum Schrecken der Eltern, die noch mit Stores, Übergardinen und Schabracken (!) lebten. Die jungen Leute hatten (noch) nichts zu verbergen und wollten auch ein bisschen provozieren. Das ist nun definitiv vorbei. Unauffällig- und Gleichförmigkeit ist im gutbürgerlichen Milieu angesagt. Maximal ein bisschen Regenbogenfarben fürs Kinderzimmer, damit macht man heutzutage ja nichts verkehrt. Verwegene haben die Fahne des örtlichen Sportvereins im Garten oder dessen Fanartikel im Auto. Im Supermarkt tauschen sich zwei ältere

Damen vor den Instantsoßen über Rezepte aus: Zigeunersoße dürfe man heute ja nicht mehr sagen.

Wann hat das angefangen, diese Leisetreteri, dieses Verdrücktsein der bürgerlichen Mitte?

Während man in der Großstadt als erwachsener Mann halbnackt in Windeln oder Hundegeschirr herumlaufen kann, ohne mit Gegenwind rechnen zu müssen, achtet offensichtlich eine große Zahl von Bürgern darauf, nicht unangenehm, am besten gar nicht aufzufallen.

Wer sich nicht eindeutig als links und woke zu erkennen gibt – der Jugendfußballtrainer trägt sehr selbstbewusst ein T-Shirt mit der Aufschrift „Kein Fußball für Nazis“ –, gerät schnell in den Verdacht rechts zu sein. Dazwischen scheint es nichts mehr zu geben. Also folgt die schweigende Mehrheit dem Mainstream, soweit es mit dem eigenen Gewissen vereinbar ist, und hält sich ansonsten zurück. Andernfalls drohen gesellschaftliche Sanktionen unterschiedlichen Ausmaßes.

Umfragen zeigen, dass immer weniger Menschen in Deutsch-

land sich trauen, ihre Meinung zu sagen. Was bedeutet das für eine Demokratie? Und was sagt das über die Regierung aus?

Die Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit während der Corona-Maßnahmen hat gezeigt, wozu Regierungen demokratischer Länder heutzutage bereit und fähig sind. Die steigende Zahl an sogenannten Meldestellen in Deutschland – Parallelen sind aus der Geschichte noch gut bekannt – verdeutlicht, dass Denunziantentum wieder angesagt und gewünscht ist. Aus der Geschichte Schleswig-Holsteins beispielsweise, und das wird in anderen Regionen ähnlich gewesen sein, ist bekannt, dass die Gestapo gar nicht so viele hauptamtliche Mitarbeiter hatte, denn die Männer wurden im Krieg gebraucht. Die „Arbeit“ erledigten Nachbarn, Kollegen, Freunde, unter Umständen sogar Familienmitglieder, die der Gestapo Informationen zutrug. „*Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.*“, wusste schon Hoffmann von Fallersleben Mitte des 19. Jahrhunderts.

Was darf man noch sagen?

Was ist freie Meinung, was „Hass und Hetze“, Rassismus, verfassungsschutzrelevante Delegitimierung oder Majestätsbeleidigung? Beispiele sollen an dieser Stelle – aus Gründen – nicht gegeben werden. In der Presse liest man von Geld-, Haft- und Bewährungsstrafen. Und wer möchte schon diese Erfahrung machen? Also lieber einmal mehr den Mund und den Ball flach halten.

Die Geschichte zeigt allerdings, dass das Pendel irgendwann auch wieder zurückschlägt. Auf die miefigen, piefigen 50er-Jahre folgten die wilden 60er und 70er. Die heutigen Jugendlichen tendieren, sofern sie überhaupt politisch interessiert sind, zu den äußeren Rändern, AfD und Linke.¹ Ihr Vertrauen in die Lösungskompetenz der politisch Verantwortlichen ist gering – kein Wunder nach den Krisenerfahrungen der letzten Jahre. In Bayern erhielt am Nikolaustag des vergangenen Jahres die Fa-

milie eines 14-Jährigen, der etwas auf Tik Tok gepostet hatte, eine Hausdurchsuchung. Fünf Jugendliche einer „mutmaßlich rechtsextremen Terrorzelle“² wurden im Mai 2025 festgenommen. Also auch die Jugend ist im Visier, natürlich vorrangig die rechts gesinnte. Denn die größte Gefahr geht laut Innenministerium mit- samt seinem Verfassungsschutz vom Rechtsextremismus aus. Weil aber alles rechts von links nicht mehr als Mitte, sondern als rechts gilt, wird es schwierig mit der Meinungsäußerung. Es bleibt abzu- warten, wie die Jugend sich ange- sichts dieses politischen Drucks künftig verhalten wird.

Der große deutsche Dichter Lessing schrieb Tierfabeln, weil man zu seiner Zeit die Herrschen- den nicht kritisieren durfte. Im III. Reich und in der DDR gab es als Ventil für unzufriedene Bürger den politischen Witz. **Wenn Sie al- so demnächst in der UNZENSIERT nur noch Tierfabeln und Witze lesen, wissen Sie Bescheid.** ■

1 <https://www.mdr.de/wissen/psycholo- gie-sozialwissenschaften/sinus-ju- gendstudie-aktuell-jugendliche-polit- tik-100.html>

2 <https://www.br.de/nachrichten/ deutschland-welt/mutmassliche-rech- te-terrorzelle-junge-maenner-festge- nommen,UloK8dl>



Ich bin weiß Gott kein Pazifist. Ich bin ein alter Soldat. Aber die Leichtfertigkeit, mit der manche Menschen auf der Welt glauben, wenn die Politik nichts taugt, dann soll wenigstens das Militär zuschlagen. Die Leichtfertigkeit, mit der sie zu solchen Ergebnis- sen kommen erschreckt mich. Und ich möchte an ihr keinen Teil haben. Helmut Schmidt

Ich bin zu alt für die Front. DU nicht!

Ich hab schon viel erlebt

VON HERBERT MAYER

*Ich hab schon viel erlebt
und bin auch viel gewohnt
und seh, dass alles bricht.
Ich bin auch nicht mehr jung
zu alt schon für die Front
DU nicht! DU nicht! DU nicht!*

Ihr seid die jungen Typen,
erfolgreich und leger,
und kommt so überlegen
und arrogant daher.

Ihr glaubt, Ihr seid die Größten,
mit allem, was Ihr tut.
Und schüttelt nur die Köpfe,
ergreift uns eine Wut.

Ihr wollt uns nicht verstehen,
und seht es gar nicht ein,
rennt blind und ohne denken
in Euer Unglück rein.

Wenn wir Euch etwas sagen,
dann macht Ihr Euch nichts draus,
und unser ganzer Kummer,
der macht Euch nicht viel aus.

Dabei gilt unsre Sorge
nur Euch und Eurem Leben.
Das wollt Ihr doch ganz sicher
nicht auf dem Schlachtfeld geben.

Ihr seid so unerfahren,
erkennt nicht ihre Tücken,
bis sie Euch einmal holen
und an die Fronten schicken.

Ihr seid Kanonenfutter,
nichts andres ist geplant.
Ihr wolltet es nicht glauben,
wir haben's längst geahnt.

Sie brauchen bald Soldaten
für ihre große Schlacht,
und wenn wir Euch das sagten,
dann habt Ihr nur gelacht.

Es sind die jungen Menschen,
die man noch biegen kann.
Sie ziehn dann mit viel Phrasen
Euch Uniformen an.

Ihr wisst nichts von den Kriegen,
von all den großen Nöten,
und denkt, was soll geschehen?
Doch Ihr müsst Andre töten.

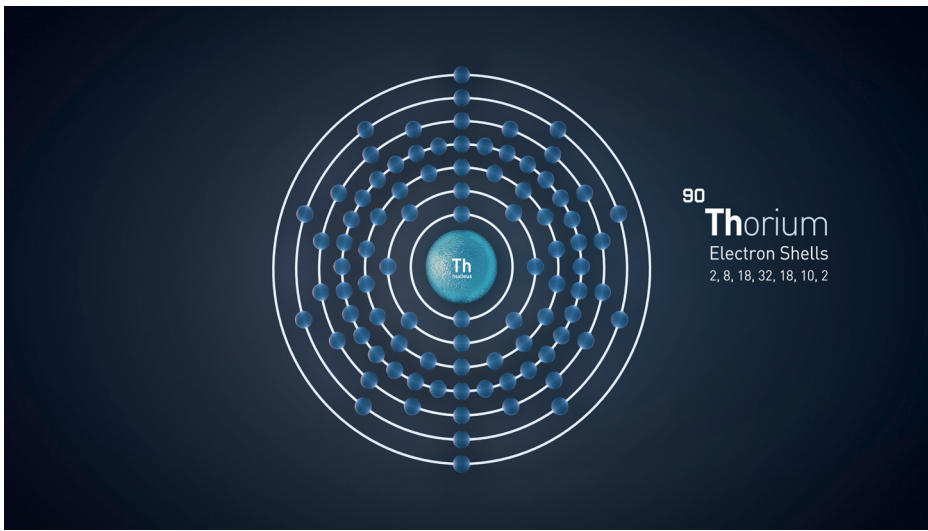
Ihr schießt auf fremde Menschen,
die nie Euch was getan,
seht Ihr denn nicht den Unsinn
und diesen großen Wahn?

Ihr seid doch keine Mörder,
wie weit habt Ihr's gebracht.
Nur weil ein völlig irrer Staat
Euch jetzt zu diesen macht.

Und sieh es endlich ein
sag NEIN! sag NEIN! sag NEIN!



UNZENSIERT-Song
abspielen



Ideologie vor Fortschritt

VON HERBERT MAYER

■ Wir haben in Deutschland etwa 150 Gender-Professuren, aber nur acht für die Atomforschung. Der deutsche Sonderweg in Sachen Energie und Klima verweist Deutschland technologisch weltweit auf die hinteren Plätze. Dieser Sonderweg macht nicht nur unsere Energie zu teuer und schadet der Wirtschaft, er führt in absehbarer Zeit zu einer noch größeren Energie-Abhängigkeit, als wir sie heute schon haben. Während ganz Deutschland mit Solarmodulen vollgepflastert wird und massenhaft Umweltschäden durch die Windradhysterie verursacht werden, wenden sich alle Industrienationen in irgendeiner Form wieder der Atomkraft zu. Nur die deutschen Politiker bleiben stur auf ihrem einmal eingeschlagenen Irrweg. Ideologie vor Fortschritt. Wie in vielen Bereichen führt die falsche Politik dazu, dass andere ihren technologischen Vorsprung weiter ausbauen und das einst so innovative Deutschland mehr und mehr in die Röhre schaut. Es ist schon ein Musterbeispiel für Unfähigkeit: Solarmodule und Windradkomponenten werden zumeist aus China geliefert. Deutschlands Betreiber bleiben irgendwann auf dem umweltschädlichen und vielfach nicht recyclebaren Schrott und dessen Entsorgung sitzen.

Von irreparablen Umweltschäden mal ganz abgesehen.

Thorium*

Es gibt im Bereich der Atomforschung immer wieder Erkenntnisse, die große Hoffnung auf „Energie für die Zukunft“ machen, ohne die bei den konventionellen Atomreaktoren bekannten „Strahlenabfälle“ und deren Endlagerproblematik. In der UNZENSIERT Nr. 16 vom September 2022 haben wir bereits über den Dual-Fluid-Reaktor berichtet. Nun sind neuerdings Meldungen im Umlauf zu Thorium-Reaktoren, denen sich vor allem China widmet.

China meldete im April dieses Jahres einen „Durchbruch“ bei

der Forschung. Die Thorium-Reaktor-Technologie wurde 1959 in den USA entwickelt und zwischen 1962 und 1972 auch betrieben. Aber die Weltmacht USA wandte sich von der Thorium-Weiterentwicklung ab, zugunsten von Plutonium, da Thorium nicht waffenfähig und somit nicht für militärische Zwecke einsetzbar ist. Aus unerfindlichen Gründen gaben die USA das Projekt 2010 ganz auf und China stieg massiv in die Weiterentwicklung ein.

Thorium ist weltweit reichlich vorhanden. China gab im März dieses Jahres den Fund einer riesigen Thoriumlagerstätte bekannt, die nun Brennstoff für 60.000 Jahre liefern könnte. Thorium-Reaktoren können angeblich mit derselben Brennstoffmenge 200-mal mehr Energie erzeugen als herkömmliche Kernreaktoren und bis zu 80 % verbrennen, sodass viel geringere Mengen an Schadstoffen übrig bleiben.

Die Frage muss erlaubt sein, warum die USA diese Forschung an den Nagel gehängt haben? Vieles spricht für die kurzsichtigen und auf Profit ausgerichteten Projekte wie den Uranabbau für den Atomwaffenbau oder die Fracking-Flüssiggasgeschäfte, von denen sie sich das schnellere Geld versprochen und mit Deutschland auch einen „dummen“ Abnehmer fand. Den Deutschen fällt ihre Schlafmützigkeit dagegen auf die Füße und ihre energiepoli-

* **Thorium** ist ein radioaktives Metall. Es wurde 1828 von dem schwedischen Chemiker Jons Jakob Berzelius entdeckt, der es nach der nordischen Gottheit Thor benannte. Thorium ist in vulkanischem Gestein und in mineralischem Sand enthalten.

Es ist ein schwach radioaktives, weiches und duktiles [Duktilität ist die Fähigkeit eines Materials, sich unter Belastung plastisch zu verformen, ohne zu brechen.] Schwermetall, welches das am häufigsten vorkommende radioaktive Element in der Erdkruste ist. Es wird oft aus Monazit gewonnen. Auf der Erde ist es fast ausschließlich als Thorium-232 zu finden, andere Isotope kommen nur in Spuren vor oder sind komplett synthetisch. Früher wurde die Verbindung Thorium(IV)-oxid aufgrund des hohen Schmelzpunktes in Glühstrümpfen verwendet. [Ein Glühstrumpf oder Gasstrumpf ist ein kuppel- oder birnenförmiges feinmaschiges Gebilde aus Oxiden, das in gasbetriebenen Leuchten die Lichtquelle bildet]. Aufgrund der Radioaktivität des Thoriums werden gegenwärtig allerdings andere Materialien verwendet. Heutzutage liegt der Fokus eher auf seiner bisher noch experimentellen Verwendung in Flüssigsalzreaktoren, in denen es das Uran ersetzen soll. (Wikipedia)

tischen Geisterfahrten werden anderswo nur belächelt.

China dagegen schafft Zukunftsperspektiven. Während sich die USA und Europa mit Billionen an sinnlosen Kriegen beteiligen und unermessliche Summen in die Rüstung stecken, investiert China in die eigene Wirtschaft. Chinas Pläne sind ehrgeizig. Langfristig strebt das Land den Bau kommerzieller Thorium-SMRs (Small Modular Reactors) mit über 100 Megawatt Leistung an. Chinas langfristige Strategie sieht auch einen Einsatz im Antrieb von Schiffen. Bemerkenswert scheint das auch deshalb, da die USA bereits 1972 störungsfrei Frachtschiffe damit antrieben. China steht mit dem betriebsbereiten TMSR-LF1 zwar aktuell an der Spitze dieser Entwicklung, doch nicht allein. Indien, das über große Thoriumreserven verfügt, verfolgt seit Jahrzehnten ein eigenes, ambitioniertes Thorium-Programm. Auch in Europa und Nordamerika erkennen zunehmend private Unternehmen und Start-ups das Potenzial der nächsten Generation der Kernenergie.

Sichere Kernkraft mit Thorium?

Deutschlands Ausstieg aus der Atomenergie ist unumkehrbar. So zumindest kam es aus dem Mund von Übergangskanzler Scholz und der grünen Klimaprofiteure. Die letzten Kraftwerke sind abge-

schaltet und sollen es auch bleiben, bzw. sind zum Teil bereits rückgebaut. Die grüdominierte deutsche Umweltpolitik erkennt leider die Zeichen der Zeit nicht und auch die neu installierte Regierung Merz setzt diesen Energiekurs weiter fort. Andere Länder erforschen neue Technologien, wie die Nutzung von Thorium statt Uran. Deutschland verweigert sich dagegen jeder Atom-Diskussion.

Die größten bekannten natürlichen Thoriumvorkommen gibt es neben China in Indien, Brasilien, Australien und den USA. Thorium fällt aber zum Beispiel auch beim Abbau seltener Erden an, weshalb China groß im Geschäft ist. Laut Internationaler Atomenergiebehörde (IAEA) sind die weltweiten Thoriumvorkommen dreimal größer als die Vorkommen an Uran, das bisher zur Gewinnung von Atomstrom genutzt wird.

Sicherer und sauberer: Die Vorteile der Thorium-MSR-Technik

Der Reaktor nutzt Thorium als Brennstoff. Dieses Element, ist nicht geeignet, von der Waffenindustrie und dem Militär missbraucht zu werden. Zudem fallen beim Thorium-Brennstoffkreislauf weniger langlebige radioaktive Abfälle an.

Die verwendete Flüssigsalzreaktor-Technologie (Molten Salt Reactor, MSR) arbeitet prinzipbedingt bei niedrigerem Druck und

bietet so schon durch ihre Bauart wichtige Sicherheitsvorteile gegenüber herkömmlichen Wasserreaktoren. Auch das flüssige Salz, hier eine Lithium-Beryllium-Fluorid-Mischung (FLiBe), das gleichzeitig als Brennstoffträger und Kühlmittel dient, trägt zu dieser grundlegenden Sicherheit bei. Bei einem Leck würde es nämlich erstarren und die Radioaktivität einschließen, statt sich weiträumig zu verteilen.

Diese Reaktoren sind nicht auf größere Mengen Wasser angewiesen, in Zeiten zunehmender Wasserknappheit ein Vorteil. Frankreich musste im vergangenen Jahr einige Kernkraftwerke bei Trockenheit wegen Kühlwassermangel herunterfahren. Flüssigsalzreaktoren arbeiten auch da, wo es keine größeren Gewässer gibt. China testet das Verfahren derzeit in der Wüste Gobi.

Bei Flüssigsalzreaktoren kann es nicht zu einer klassischen Kernschmelze kommen, mit unkontrolliertem Austritt von Radioaktivität. Auch die Gefahr von Explosionen soll geringer sein, da weniger Druck in den Reaktoren herrscht.

<https://www.rnd.de/wissen/soll-kernkraft-sicherer-machen-was-ist-thorium-52CBOYM3GNDZ7D52VREEBS20-DA.html>

<https://t3n.de/news/kernreaktor-wird-waehrend-des-betriebs-aufgetankt-1683951/>

ANZEIGE

Vortrag von Bernd Fuhrmann:

„Finanzplatz Deutschland 2025 – ein milliardenstarkes Schurkenstück der Finanzindustrie auf Kosten ahnungsloser Anleger und Sparer?“

Donnerstag, 10. Juli 2025,
19:00 – ca. 21:00 Uhr,
Gasthaus Hirsch,
87488 Betzigau, Hauptstr. 7

WICHTIG: Dieser Vortrag ist keine Finanzberatung oder Verkaufsveranstaltung.

Es werden auch keine Finanzprodukte beworben. Der Vortrag dient jedem als Hilfe zur Selbsthilfe.



Aktien, Fonds, ETF? Viele Menschen sind mit dieser Frage überfordert, erkennen aber, dass Handlungsbedarf besteht.

Bernd Fuhrmann ist registrierter Honorarfinanzanlagenberater (IHK) und als solcher Kenner der Materie. Er will beraten und aufklären zugleich. Dementsprechend provokativ sein Vortragsthema.

Bernd Fuhrmann erklärt, was Banken, Versicherungen aber auch sogenannte freie Makler seit Jahren verschweigen.

Für Einsteiger und Fortgeschrittene.

BERND FUHRMANN

betriebliche und private Vermögen

Finanzgutachten
Honorarberatung
Edelmetalle
info@bernd-fuhrmann.de
www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Tel. 083 41-1 42 42
Mobil 0151-22 36 49 49



Keine Anmeldung erforderlich.
Vortrag kostenlos, Spenden erwünscht.

Wer essen will, sollte bitte rechtzeitig vorab kommen, damit der Vortrag ungestört gehalten werden kann.



VON HERBERT MAYER

■ „In der Bevölkerung steigt der Unmut“ ... „Die Menschen sind mehr und mehr unzufrieden“ ... „Immer mehr erkennen, dass die Regierung nichts zu ihren Gunsten entscheidet“ ... „Wir sind viel mehr, als wir glauben!“ ... Das sind häufige Aussagen, wenn man mit den Menschen spricht. Wir werden immer mehr! Aber werden wir das? Und warum merke ich nichts davon? Woran kann ich diese Aussage festmachen. Oder anders formuliert: Warum sehe ich die Vielen nicht, die angeblich jetzt langsam aufgewacht sind. Die gemerkt haben, dass sie mit der vorgetäuschten Pandemie und den Impfwängen betrogen wurden. Wo sind all diejenigen, die jetzt ihre doch so großzügigen Coronahilfen plötzlich zurückzahlen sollen? Wie erkenne ich die Enttäuschten, die nach der Wahl feststellen mussten, dass die Politiker (wieder einmal) logen, dass sich die Balken biegen. Und wo sind die, die früher die Friedensparolen auf der Straße schrien und mit Peace-Symbolen als Tattoo auf der Stirn und bunten Kleidern ihren Protest zeigten? Und die jetzt feststellen müssen, dass die Politiker mit Frieden nichts im Sinn haben und den Krieg vorbereiten? Wo sind die, die sich Sorgen machen angesichts der hemmungslosen Digitalisierung und der verheerenden Auswirkungen von 5G. Und warum zeigen sich die nicht, die mit Schrecken fest-

stellen, dass man in ihrer Nähe Windräder aufstellen will, die die Natur zerstören, die man aber nie gefragt hat, ob sie das wollen?

Ich sehe sie nicht. Zumindest nicht viele bei den Montagsspaziergängen. Wo seid Ihr? Gebt Euch zu erkennen, wenn Ihr schon nicht Gesicht zeigen wollt. Oder bilden wir uns nur ein, dass wir immer mehr werden? Wunschnken? Reden wir uns das alles schön? Wer sich auf Telegram oder anderen einschlägigen Online-Portalen tummelt, wer youtube-Videos verfolgt, stößt immer wieder auf Kanäle mit Tausenden von Abonnenten und Aufrufen. Ganser, Jebesen, Ludwig, Reitschuster um nur einige zu nennen. Es entsteht der Eindruck, dass Millionen deren Botschaften Tag für Tag verfolgen und über den Zustand dieser Republik informiert sind. Aber wie erkennen wir diese? Sie sind unsichtbar. Wollen sie vielleicht absichtlich im Unsichtbaren bleiben?

Manchmal sitzen wir an Wochenmarkttagen auf den Stufen zur Basilika, trinken genüsslich Kaffee und blicken auf das geschäftige Markttreiben und die vielen Menschen. Und dann fragen wir uns immer, wer von den Marktbesuchern auf dem großen Platz wohl unserer Meinung ist. Die Jüngeren, oft mit Kleinkindern, eher nicht? Oder doch? Die ältere Dame mit den Topfpflanzen in der Hand, vielleicht. Oder eher Oma gegen Rechts und grün? Der alte, in Gedanken versunkene Gries-

gram, der mit gesenktem Blick über die chinesischen Pflastersteine schlurft? Mürrisch oder nur verbittert? Was denkt der? Wieviel Rente ihm bleibt? Oder der kernige Allgäuer in Lederhose, der gerade seine zweite Weißwurst genießt, sich über nichts Gedanken macht und seit Jahren CSU wählt? Aber vielleicht irre ich mich komplett.

Wäre es da nicht schön, wenn wir ein Zeichen der Solidarität tragen würden? Ein Erkennungszeichen: Wir sind Gesinnungsgenossen! Wir haben vielleicht das Gleiche erlitten. Wir sind gleich sauer, auf das was sie mit uns machen. Wir sagen auch **NEIN!** zu diesen ganzen Sauereien, die in Berlin und in der EU entschieden werden. Ohne unsere Zustimmung, ohne uns zu fragen. Und wir könnten mit einem Lächeln signalisieren: Du, ich, wir sind nicht allein! Wir müssen uns nicht kennen, wir müssen nicht einmal in allem übereinstimmen. Aber mit uns kann man reden, ohne Angst, ohne die Sorge, gleich in eine Ecke gestellt zu werden. Und so, wie uns der Schnabel gewachsen ist. Vielleicht sind wir ja doch mehr, als gedacht ...

**Wer
schweigt,
stimmt zu!**



Nach diesem Motto handeln die Regierungen, die sich selbst als Inkarnationen der Demokratie deklarieren – nachdem sie den Bürgern nahezu sämtliche Möglichkeiten der Meinungsäußerung genommen haben! Ob ÖRR oder MSM – überall herrscht Zensur, beziehungsweise arbeiten dort nur noch Haltungsjournalisten, auf die Verlass ist.

Gründen Bürgerjournalisten ein Medium, werden ihnen Verbreitung und auch die Finanzierung durch Spender erschwert.

Staat – Tiefer Staat

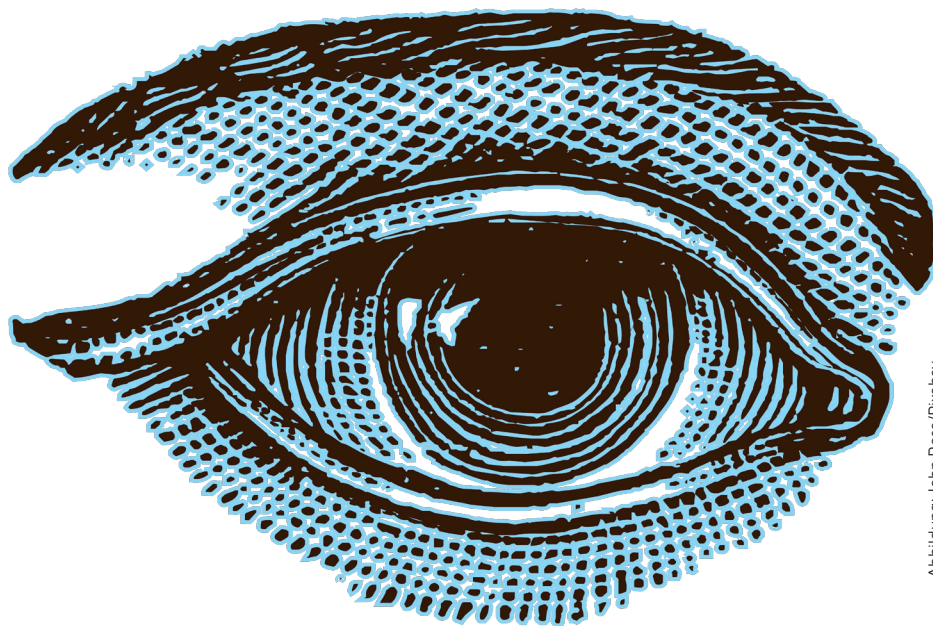


Abbildung: John Rosa/Pixabay

VON VOLKER FREYSTEDT

■ Wir erleben gerade in Deutschland wieder, wie übergriffig auch die neue Regierung sich verhält. Von wegen „Demokratie ist Herrschaft des Volkes, die Regierung ist ausführendes Organ des Wählerwillens“. Pustekuchen. Egal welche Parteien die Regierung bilden, sie schwingen sich zu Helikoptereltern auf, die die Bürger

wie unmündige Kinder bevormunden, gängeln und erziehen wollen. Das nennen sie dann auch noch frech „unsere Demokratie“, die sie gegen jeden Widerspruch verteidigen. Der selbstdenkende, selbstbestimmte Bürger ist in „unsere Demokratie“ nicht vorgesehen. Gegen den geht „Vater Staat“ rigoros vor, indem er ihm Meinungs- und Bewegungsfreiheit

Der Bürger schweigt nicht – er kommt nur nicht zu Wort!

Mit dieser **Aktion „NEIN!“** möchten wir allen, die sich nicht weiter indoktrinieren lassen wollen, eine kurze, prägnante Möglichkeit des Widerspruchs an die Hand geben. Wir sagen **„NEIN!“** zu allen Entscheidungen, die uns übergestülpt werden, ohne dass wir gefragt werden! Wir fordern endlich den Respekt ein, den wir als Souverän beanspruchen können!

Dieses **„NEIN!“** ist gleichzeitig ein **„JA!“** zu Volksabstimmungen! Nicht die Regierung hat uns Bürgern zu sagen, was zu tun ist, sondern umgekehrt! Holen wir uns unsere Demokratie zurück!

Dazu möchten wir Hilfestellung leisten! Wer sich auch nicht länger

bevormunden lassen will, kann dies durch einen **„NEIN!“**-Button oder einen **„NEIN!“**-Aufkleber (siehe nächste Seite) sichtbar zum Ausdruck bringen. Diese Aktion wendet sich an alle, unabhängig von Parteizugehörigkeiten.

Meldet Euch, wenn Ihr kostenlos **Buttons** oder **Aufkleber** haben möchtet (max. je 50 Stück, so lange Vorrat reicht). **Ohne Multiplikatoren ist diese Aktion sinnlos!**

Wer größere Stückzahlen verteilen kann, fordert bitte die **Druckvorlagen** an und lässt selber produzieren ...

Wichtig ist, dass wir möglichst viele erreichen – damit verteidigen wir „unsere Demokratie“! | VF

und möglichst auch noch sein Eigentum nimmt.

Es gibt aber noch eine andere Macht neben oder besser hinter einer Regierung. Früher sprach man vom „Staat im Staate“, heute ist der Begriff „Tiefer Staat“ (deep state) geläufiger.

Was ist damit gemeint?

Nehmen wir z. B. die USA. Als Donald Trump wider Erwarten 2016 statt Hillary Clinton an die Macht kam, blieb er in seiner ersten Amtszeit weit hinter seinen Versprechen und den dadurch geweckten Erwartungen seiner Wähler an durchgreifenden Veränderungen zurück.

Warum? Nun, als Präsident kann man zwar die Leitungen der wichtigen Ministerien und Einrichtungen neu besetzen und damit gewünschte Kursänderungen anschieben – doch wenn die häufig Tausenden von Beamten und sonstigen Mitarbeitern den neuen Kurs ablehnen und einfach weitermachen wie gehabt, dann herrscht bestenfalls Leerlauf. Oder es knirscht gar Sand im Getriebe. Vor allem aber: diese Organisationen – z. B. im militärischen Bereich – sind eng verknüpft mit Rüstungs- und anderen Hightech-Konzernen. Und die haben Geld und Einfluss. Ähnliches gilt für die Paarungen Gesundheitssektor + Pharma/ Nahrungsmittelkonzerne.

Zum einen unterstützen die Großkonzerne beide Parteien mit großzügigen Spenden im Wahlkampf, so dass der Gewinner ihnen etwas schuldig ist. Zum anderen sind gerade die Forschungsbereiche des Militärs dermaßen geheim, dass von den Mitarbeitern immer nur ein geringer Bereich überblickt wird und nur sehr wenige leitende Köpfe überhaupt wissen, zu was die jeweilige Forschung führt. Und jeder weiß, dass ein Whistleblower sein Leben und das seiner Angehörigen riskiert. Auch die Medien lassen tunlichst die Finger von solch heißen Themen.

Nehmen wir den Bereich Wetterregulierung. Seit dem Vietnamkrieg wird das Wetter beeinflusst und als Waffe eingesetzt. Die jeweiligen Erfindungen sind als Pa-

tente angemeldet. Irgendwann nutzt dann aber nicht nur das Militär diese Waffe im Kampf gegen Feinde im Ausland, sondern sie wird unter kommerziellen Interessen auch im Inland eingesetzt. U. a. zur Abschwächung der angeblichen Erderwärmung. Aber auch zur Erzeugung von Katastrophen, die weite Landstriche verwüsten durch Stürme, Fluten, Waldbrände – was wiederum dem Klimawandel in die Schuhe geschoben wird. Die heimische Bevölkerung wird vertrieben, das Gebiet steht zur Umsetzung großangelegter Pläne zur Verfügung. Vor allem dort, wo „Smart Cities“ oder „15-Minuten-Städte“ entworfen wurden, macht eine überraschende „Naturkatastrophe“ erst einmal Tabula Rasa.

Zur Erinnerung: in UNZENSIERT 42 (Nov. 2024) berichteten wir über „Wetter-Terror“, und in Nr. 30 (Nov. 2023) über die Zerstörung auf Maui, die künstlich herbeigeführt wurde.

Die US-Bundesstaaten Tennessee und Florida haben mittlerweile Gesetze verabschiedet, die Wettermodifikationen, vor allem das Ausbringen von Partikeln durch Flugzeuge, verbieten.



Der republikanische Gouverneur Ron DeSantis („Wir nennen uns Sunshine State – warum verdunkeln wir dann die Sonne?“) ist den Demokraten ein Dorn im Auge, denn er räumt in Florida noch stärker auf als Trump auf Bundesebene. Florida verbannt auch Fluoride aus dem Trinkwasser („Wer meint, dass er Fluorid braucht, kann das selbst in die Hand nehmen“); Florida hat eine niedrige Staatsquote, d. h. die Bürger zahlen wenig Steuern; die Grundsteuer soll bald ganz wegfallen („Wenn ich ein TV-Gerät kaufe, zahle ich ja auch nur einmal Steuern, aber nicht jedes weitere Jahr

der Nutzung“); und als nächstes sollen Gold und Silber als gesetzliche Zahlungsmittel anerkannt werden, als weitere Bastion gegen das Digitale Zentralbankgeld (CBDC) neben Bargeld.

Es bleibt zu hoffen, dass weitere US-Bundesstaaten nachziehen – und letztlich auch andere Staaten. Bis die Vernunft in Deutschland einzieht, braucht es wohl noch viele weitere Vorreiter weltweit ...



Was können wir tun?

Kommunale Versammlungen, Bürgersprechstunden etc. nutzen, um das Thema Geoengineering anzusprechen! Wenn mit „Verschwörungstheorie!“ gekontert wird, fragen, warum per Gesetz etwas verboten wird, was es angeblich gar nicht gibt! Wer lässt sich kostspielige Patente sichern für Verschwörungstheorien? Und verteilt Zettel mit den folgenden Quellen!

Empfohlene Filme zum Thema:

OVERCAST (dt.): www.youtube.com/watch?v=OUuUwe85ZIU

THE DIMMING (engl.): www.youtube.com/watch?v=rf78rEAvhY&t=2156s

CLIMATE (engl./dt, UT): www.youtube.com/watch?v=uG1qrhjrZlc

Empfohlene Webseiten über die Technologien und Patente:

<https://wetteradler.de> (dt.)

<https://geoengineeringwatch.org/> (engl.)

Artikel über Wetter als Waffe:

www.manova.news/artikel/wetter-als-waffe-2

Video über die gesetzlichen Verbote von Wettermodifikationen und Geoengineering in Florida und Tennessee (dt.):

www.youtube.com/watch?v=_zQ3dQOtSLA

Merz verschenkt fünf Milliarden – während deutsche Rentner im Müll wühlen

Ein Bild, das mehr sagt als tausend Worte: Links ein deutscher Rentner, der im Müll nach Pfandflaschen sucht, um über die Runden zu kommen. Daneben ein Plakat mit der Aufschrift:

„Am 28. Mai 2025 hat Friedrich Merz dem ukrainischen Präsidenten Selenskij 5.000 Millionen Euro geschenkt.“

Während in Deutschland Rentner Flaschen sammeln müssen, Familien ihre Heizkosten nicht mehr zahlen können, Kinder in kaputten Schulen unterrichtet werden, die Tafeln überfüllt sind,

... verspricht Kanzler Merz fünf Milliarden Euro für ein Kriegsland, das nicht einmal EU-Mitglied ist. Ohne Volksabstimmung. Ohne echte parlamentarische Debatte. Ohne Rücksicht auf die eigene Bevölkerung.

Es geht nicht um Solidarität – es geht um Prioritäten.

Wie kann man Milliarden ins Ausland verschenken, während im eigenen Land die soziale Infrastruktur bröckelt?

Wer Menschen im eigenen Land durchs soziale Netz fallen lässt, aber zugleich Milliarden ins Ausland verteilt, hat jedes Maß für Verantwortung verloren.

Aus: <https://t.me/bitteltv>



Es war nicht das Virus, sondern es waren die Maßnahmen



Foto: Cico Zeljko/Pixabay

VON CHRISTEL BECK

■ **Dr. Gunter Frank und Dr. Kay Klapproth von der Initiative für Demokratie und Aufklärung e.V. (IDA) führen (fast) wöchentlich Gespräche, in denen es um aktuelle politische Themen rund um Medizin, Wissenschaft und Gesundheit geht. Dr. Klapproth ist Immunologe und war bis Juni 2022 Akademischer Rat an der Heidelberger Universität. Dr. Frank ist niedergelassener Arzt sowie Buchautor und Dozent. Im Juni 2024 hat die IDA einen Sitz im Heidelberger Gemeinderat gewonnen und wird dort von Dr. Frank vertreten. Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben nennt IDA „die Überprüfung der Corona-Maßnahmen ...“, um festzustellen, welche Entscheidungen sinnvoll waren und welche nicht. ... und [die] ... möglichen Schäden ..., die diese Maßnahmen für die Bevölkerung Heidelbergs verursacht haben.“**

In ihrem Gespräch vom 16. 4. gehen die beiden auf die Protokolle des Krisenstabs der Stadt Heidelberg ein. IDA hat diese Protokolle im Rahmen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) erhalten – einzelne Stellen sind allerdings geschwärzt. Im Krisenstab trafen sich die Vertreter der Behörden und entschieden, wie man die Anordnungen auslegt, wie man sie umsetzt und welche Flexibilität man dabei hat. Dr. Klapproth: „Was auffällt ist, dass dies niemals kritisch hinterfragt wurde. Die Maßnahmen wurden nicht kritisch hinterfragt, nicht durchleuchtet, sondern ... in Heidelberg war eher das Bemühen da ... noch etwas mehr zu machen.“

Dr. Klapproth weiter: „... man sieht ganz klar, es war nicht das Virus, nicht die gefährliche Pandemie, die die großen Probleme hervorgerufen hat, sondern es waren die Anordnungen, es waren die Verordnungen, es waren die Maßnahmen ...“ Dr. Frank: „... man diskutiert im Heidelberger Krisenstab die Probleme, die die Maßnahmen machen. Zu keinem Zeitpunkt ist zu erkennen, dass das Virus eine medizinische Situation schafft, die die Stadt, die Krankenhäuser überfordert.“ Es gab keine Betten- oder Materialnot. Es gab nur eine Personalnot. Und diese Situation gab es aufgrund der Maßnahmen. Hinterfragt wurden die Maßnahmen nie.



Eine ganz besondere Stellung nimmt die Beratung durch die „weltberühmte“ Universität Heidelberg ein. Dr. Frank schildert aus den persönlichen Begegnungen mit Betroffenen, wie die Uni ihre Mitarbeiter schikanierte, um sie zur Impfung zu bewegen. Für ihn war die Universität „ein massiver Treiber des fachlichen Irrsinns und der Entmenschlichung.“ Dies entlastet, lt. Dr. Klapproth, aber die Entscheidungsträger der Stadt

nicht. Ende 2021 bspw. berichtete die Uni, dass es Mitarbeiter bei ihnen gebe, die dreimal geimpft, aber infiziert seien und hohe Mengen an Virus ausscheiden. Dies war unmittelbar nachdem die Impfpflicht für Menschen in den Gesundheitsberufen beschlossen worden war. Die Universität wusste also „es bringt nichts. Der Fremdschutz, die Übertragungsreduktion ist nicht gegeben.“ Dies wurde der Stadt auch mitgeteilt.

Man muss sich diese Absurdität einfach vorstellen: Vor diesem Hintergrund wurden dann 3G, 2G und die einrichtungsbezogene Impfpflicht durchgesetzt.

Im Krisenstab machte man sich vermehrt Gedanken wie die „Impflücke“ bei den Kindern zu schließen wäre. Äußerst kritisch sehen die beiden Wissenschaftler diese Fixierung auf die Kinderimpfung. Denn objektiv gab es keine Gründe diese zu forcieren. Ende 2021 war hinreichend belegt, dass es keinen Übertragungsschutz durch die Impfung gibt und Kinder nicht gefährdet sind durch die Erkrankung.

Bedrückend auch, dass der drohende Versorgungsmangel und die Vereinsamung der Pflegebedürftigen, schon im März 2020 bekannt war – mehrere Pflegeheime und -dienste warnten –, aber mehr oder weniger einfach hingenommen wurde.

Über das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) ist jeder Bürger berechtigt die Protokolle seiner Stadt über diese Zeit zu verlangen. Dr. Frank rät allerdings, dies über einen Rechtsanwalt zu machen, damit dem mehr Nachdruck verliehen ist. Die beiden Aufklärer wollen nach intensiverer Analyse der Protokolle von Heidelberg ihr Gesamt-Resümee in einer eigenen Sendung vorstellen. Man darf gespannt sein!

Unbedingt zu empfehlen ist das gesamte Gespräch von Dr. Klapproth und Dr. Frank auf der Homepage von IDA:

<https://www.ida-hd.de/es-war-nicht-das-virus-ida-sprechstunde-mit-dr-gunter-frank-und-dr-kay-klapproth-vom-16-04-2025/>

(zu den Protokollen ca. ab Minute 19) ■



Moderner Menschenhandel

Das unwürdige Geschäft mit den Kindern

Eine Buchbesprechung
VON HERBERT MAYER

■ „Man bestellt es in Amerika, der Ukraine oder auch in Georgien. Herstellungsmaterial, Ausstattung und Farbe werden nach Katalog ausgesucht. Man bezahlt es und holt es nach Fertigstellung ab. Wir sprechen nicht von Automobilen, sondern von Babys. Die sogenannte ‚Leihmutterschaft‘ avanciert damit auf dem Weltmarkt zum Menschenhandel unserer Zeit.“

So beschreibt die Autorin Birgit Kelle, selbst Mutter von vier (eigenen) Kindern, den immer größer werdenden Markt mit Kindern, die als Handelsware betrachtet werden. Leihmutterschaft, Mietmütter, Reproduktionsmedizin, Eizellspenderinnen, Samenspender: Allesamt Begriffe, die sich in unserem Sprachgebrauch so nebenbei eingeschlichen haben, ohne dass wir auch nur im Geringsten ahnen, welche abartige Geschäfte weltweit da-

mit betrieben werden. „Es interessiert nicht mehr der Mensch, nicht die Person, nicht mehr die Frau, schon gar nicht die Mutter, nur ihr Bauch und die reibungslose Funktionalität ihrer Gebärmutter.“

Was die „befreiungsrhetorischen“ Feministinnen der Welt als „Selbstbestimmung der Frau“ verkaufen oder als „Geschlechtergerechtigkeit für den Teil der LGBT-Gemeinde, die sich nicht selbst befruchten kann“, ist in Wirklichkeit ein böses Geschäftsmodell für immer mehr Mietmütter-Agenturen, Reproduktionskliniken und kranke Forscher mit „Machbarkeitsfantasien“ geworden.

„Leihmutterschaft klingt so harmlos. Es wird aber keine Mutter ‚geliehen‘, ganz im Gegenteil, die Frau soll auf gar keinen Fall Mutter sein, sondern nur eine reine Brutstätte.“ Wer dieses Buch liest, dem stockt zeitweise der Atem. Der Autorin geht es dabei um die Aufklärung der Geschäftspraktiken und der mehr als diffusen Rechtslage in Europa und

weltweit. Aber ihr Hauptaugenmerk gilt zum einen der „Mutter“, die schlussendlich genau das nicht sein darf und oft jahrelang darunter leidet, am Ende das Kind, das in ihrem Körper wuchs und das sie zur Welt brachte, nicht behalten zu dürfen. Vertragsvereinbarung hin oder her. Andererseits widmet sich Birgit Kelle ausführlich dem „Produkt“ dieses brutalen Geschäftsmodells, den Kindern, die mutterlos als Handelsware oft über Grenzen hinweg geliefert werden und selbst ein Leben lang unter Bindungsstörungen und Identitätsverlust leiden. Kinder, die in eine Welt geboren werden, um den Ansprüchen von Erwachsenen gerecht zu werden, denen ein Babyglück aus biologischen Gründen vorenthalten ist. Aber auch um gleichgeschlechtliche Partner, die damit Mittel und Wege gefunden haben, ein Kind nach ihren Vorstellungen per Katalog bestellen zu können, wie ein Buch oder eine Kaffeemaschine bei Amazon. Und damit das „Geschäft“ auch problemlos läuft, können Mängel an der „Ware“ von vornherein ausgeschlossen werden, wenn die Babys krank oder missgebildet sind, oder einfach nur das falsche Geschlecht haben. Dann wird vor der Geburt abgetrieben oder die „Leihmutter“ muss das Kind behalten. Schließlich wollen sich die Agenturen hinterher nicht mit „Reklamationen“ ihrer Kunden herumschlagen. Selbstverständlich sind diese Formen und Risiken der „Produktionssicherheit“ bereits vorher in ausgeklügelten Verträgen festgelegt.

Den Leihmüttern, die ihren Körper für ein derartiges „Geschäft“ zur Verfügung stellen, werden alle Rechte genommen, manchmal bekommen sie „ihr“ Baby gar nicht einmal zu Gesicht oder können es nicht einmal für Minuten in den Armen halten. So schildert die Autorin herzerreißende Szenen in den Kreißsälen, denn nur zu oft wird den „Leihmüttern“ während der Schwangerschaft erst klar, was es für sie und auch für das Kind bedeutet, das Baby mutterlos in fremde

Hände zu geben. In den meisten Fällen auf Nimmerwiedersehen. Und es gibt kein Zurück. Vertrag ist Vertrag.

Oftmals stimmen die „angemieteten“ Frauen einer Leihmütterschaft aus finanziellen Nöten zu. Und so haben die Agenten dieser „Branche“ meist leichtes Spiel. In der Regel spielt das Befinden der „Mütter“ nach der Geburt und ihr weiteres Leben keine Rolle. Welche medizinische Versorgung die Frauen danach erfahren, z. B. nach einem Kaiserschnitt, ist nicht Teil der Verträge. Die Agenturen sind auch nicht für die Entwicklung des Neugeborenen nach der Geburt zuständig. Für sie ist die „Ware“ geliefert. Die nächsten Kunden werden bedient.

„Die Büchse der Pandora wird im Namen von Toleranz und Antidiskriminierung geöffnet und heraus strömen die Ausbeutung von Frauen, der Verkauf von Kindern, der global organisierte Menschenhandel.“ Die Folge ist organisierte Kriminalität. Alles Einfalls-tore für Kinderhandel, Organhandel und Pädophilie.

Hierzulande sind es die FDP und in Teilen die Grünen, die der Legalisierung von Leihmütterschaft in Deutschland und der EU positiv gegenüberstehen. Allerdings auf die sogenannte altruistische Methode. Das heißt, die Mietmutter erhält nur eine kleine „Aufwandsentschädigung“ und stellt sich freiwillig zur Verfügung, sozusagen als gutes Werk. Vielfach findet dabei die künstliche Befruchtung innerhalb der Familie, bei Geschwistern, aber auch reiferen Frauen statt. Wie jene Leihmutter in den USA, die sich die Eizellen ihrer kranken Tochter einpflanzen ließ, die mit dem Samen ihres Schwiegersohnes befruchtet waren und somit seit 2023 Großmutter und gleichzeitig Mutter eines kleinen Mädchens ist. Unfruchtbarkeit, z. B. nach Erkrankungen eines Partners, ist hier der häufigste Grund für Leihmütterschaften. Dass dabei trotzdem Unsummen fließen, steht außer Frage. Denn die Reproduktionsmediziner, Kliniken und Labore arbeiten keineswegs

altruistisch, sondern kassieren ganz schön ab.

Der größte Markt für Leihmütterschaften befand sich jahrelang in Indien. Große Armut, wenig gebildete Frauen und keinerlei rechtliche Grundlagen ließen das Geschäft florieren. Doch auch Indien erkannte die verheerenden Folgen der ungezügelter Reproduktionsmedizin. So verlagerte sich ein Großteil des Geschäftes in die Ukraine oder nach Georgien. Kriegerische Auseinandersetzungen waren dabei nie ein Hindernis. Die Frauen mussten ohnehin oft ihre Heimat verlassen, weil die rechtliche Lage zu kompliziert wurde. So werden auch während des Bombenhagels über Kiew in speziell eingerichteten Bunkern Frauen bis zur Entbindung „gehalten“. Viele verlassen ihre Umgebung freiwillig aus Scham und werden oft von ihrer eigenen Familie während der gesamten Schwangerschaft ferngehalten. Ihre Entlohnung entspricht dann zwar meist dem eines Jahresverdienstes, stellt aber in der Regel nur einen Bruchteil dessen dar, was die Agenten, die Kliniken oder Labore verdienen. Erschwe-

rend kommt hinzu, dass bevorzugt Frauen als Leihmütter ausgesucht werden, die bereits Geburtserfahrungen mit eigenen Kindern haben. Für sie ist es besonders schwierig, mehrere Monate von den eigenen Kindern und der Familie getrennt zu werden.

Alles wird vertraglich geregelt. Im Besonderen muss die Verzichtserklärung der Mutter auf das Kind vorliegen. Ein weiteres Hindernis stellt die Nationalität dar. Hier wird mit allen Tricks gearbeitet, damit ein in Mexiko gezeugtes Kind, das in der Ukraine zur Welt gebracht wird, in Deutschland als deutscher Staatsbürger „angeliefert“ und registriert werden kann. Und hier, so die Erfahrungen der Autorin, handeln die Behörden meistens eher lasch und desinteressiert.

Aber natürlich finden die lukrativsten Deals mit Leihmüttern immer noch in der High Society, bevorzugt in den USA statt. Schwerreiche, kinderlose Klienten sind bereit, mehr als 100.000 Dollar für ein eigenes „Designer-Baby“ auszugeben. Oftmals sind es nicht mehr junge Paare und in vielen Fällen auch nicht kinderlos, die sich weitere Kinder austragen lassen. Geld spielt keine Rolle, die Arbeit erledigen Nannis und die Bedürfnisse der Kinder werden denen der Erwachsenen untergeordnet. Und hier sind die Gefahren von organisierter Kriminalität besonders groß, Stichwort Kinderhandel, Pädophilie oder Organhandel. Aber nicht nur in den USA gibt es Schwerreiche. In Georgien lebt, so die Autorin, die 26-jährige Millionärin Christina mit ihren 21 Kindern! Nur eines hat sie selbst zur Welt gebracht, die 20 anderen binnen eines Jahres durch Leihmütter „angeschafft“. Wie gesagt, wenn Geld keine Rolle spielt ...

Vieles in diesem Geschäft läuft über diverse Plattformen im Internet. Auch wenn es absurd klingt, ist es dennoch Realität: Obwohl die Leihmütterschaft in Deutschland nicht gestattet ist, können hier jährlich Mietmütter-Messen stattfinden, wie z. B. in Köln oder



FinanzBuch Verlag
Softcover, 256 Seiten
Erschienen: März 2024
ISBN 978-3-95972-770-9
18,00 €

Berlin. Hier können sich die „zukünftigen Eltern“ aus Hochglanzprospekten im Baukastensystem ihr „Produkt“ zusammenstellen lassen. Dass das Kind gesund sein muss, erklärt sich von selbst. Aber ein wichtiges Kriterium ist das Geschlecht. Auch die Hautfarbe muss stimmen. Das Kind, für das ein schwules weißes Paar Tausende von Dollar ausgibt, soll natürlich nicht den dunklen Teint seiner Mietmutter aus Indien haben. Da ist Gott sei Dank die Reproduktionstechnik so weit fortgeschritten, dass selbst dunkelhäutige Mütter weiße Kinder zur Welt bringen können. Ein Hurra auf die Reproduktionsmedizin.

Das Buch von Birgit Kelle erschüttert. Die Autorin hat sich durch viele Studien gearbeitet und sich über die Rechtslage in mehreren Ländern kundig gemacht. Davon zeugen schon ihre 225 Quellen- und Literaturnachweise. Und sie plädiert mit großer Eindringlichkeit an alle Regierungen, diese Praktiken weltweit zu ächten und zu verbieten. Kinderlosigkeit, aus welchem Grund auch immer, ist kein Argument. Man hat kein Recht auf ein eigenes Kind. Und man hat auch kein Recht, Kinder wie Ware zu bestellen. Sowohl die Leihmütter, als auch die Kinder dürfen nicht den überzogenen Ansprüchen von Erwachsenen ausgesetzt sein. Es gibt Kinderrechte. Es wäre zu wünschen, dass viele Frauen dieses Buch lesen, vor allem die Feministinnen, die das Wohl, die Selbstbestimmung von Frauen immer so in den Mittelpunkt ihrer Aktionen stellen. Das Geschäft mit den Mietmüttern ist eine widerliche Art der Ausbeutung und Demütigung von Frauen und im Grunde gegen alle Menschenrechte, es stellt eine Form des Menschenhandels und der Prostitution dar. Mietmutterschaft wird uns in der Zukunft noch mehr Probleme mit Kindern bringen, die ein Recht darauf haben, zu erfahren, wer sie sind, wer ihre Mutter ist, wer ggfs. ihr Vater und wer es übers Herz bringen konnte, sie nach der Geburt abzuliefern wie ein Paket. ■

Flugblatt für den gesetzlichen Schutz des Bargelds



**Bargeld in Europa
gesetzlich schützen!**

**Geben Sie Ihre Stimme dem Bargeld
und unserer Freiheit**

Unsere Forderung an das EU-Parlament:

1. Sorgen Sie dafür, dass an allen physischen Verkaufsstellen und Bezahlorten und auch bei staatlichen Stellen mit Bargeld bezahlt werden kann.
2. Der öffentliche Nah- und Fernverkehr (Bus, Bahn) muss problemfrei mit Bargeld nutzbar sein.



Mit dieser gesetzlichen Verankerung wäre die Zukunft des Bargeldes wieder in den Händen der Bürgerinnen und Bürger. Wir hätten wieder die Wahlfreiheit, mit Bargeld zu bezahlen!

Unterschreiben Sie jetzt die Petition!
www.Bargelderhalt.eu



Hansjörg Stützel

■ **Banken schließen Filialen und bauen Geldautomaten ab. Immer mehr Läden, Cafés und Nahverkehrsmittel stehen nur noch Kartenzahlern offen. Wie soll das Bargeld auf dieser Basis überleben? Unser neues Flugblatt ruft alle Mitbürger zum Aktivwerden auf.**

VON HAKON VON HOLST
29. 5. 2025.

Hinter den Kartenzahlungen stehen Banken und Großunternehmen wie Mastercard und Visa. Sie verfügen über ein milliardenschweres Werbebudget. In eine Kampagne für das Bargeld dagegen investiert bisher kaum jemand. Dabei gäbe es über den persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Nutzen von Banknoten und Münzen so viel zu sagen.

Die Notenbanken sind in der Verantwortung, ihr eigenes Zahlungsmittel zu verteidigen. Doch sie tragen sie nicht. Sie machen keine Öffentlichkeitsarbeit für das Bargeld, sie fordern noch nicht einmal gesetzliche Maßnahmen, damit die Privatbanken und Sparkassen weiterhin den Zugang zu Bargeld gewährleisten. In Deutschland gibt es noch 50.000 Geldautomaten. Der Leiter des Zent-

ralbereichs Bargeld der Deutschen Bundesbank, Stefan Hardt, sagte in meiner Anwesenheit im November 2024 auf einer Veranstaltung in Berlin, er tue sich schwer, mit 25.000 Automaten eine absolute Untergrenze zu nennen, die in jedem Falle gewährleistet bleiben müsse.

Stattdessen sagen Notenbanken wie die Europäische Zentralbank: „Das Eurosystem wird weiterhin Banknoten anbieten und deren Nutzung ermöglichen, solange die Nachfrage besteht.“ Was ist Nachfrage? Auf Anfrage erläutert die Bundesbank den Begriff mit einer Analogie: „Wenn niemand mehr über Brücken fährt oder geht, dann ist der Staat gefordert, abzuwägen, ob die Mittel für Erhalt und Bau von Brücken sinnvoll eingesetzt sind.“

Das sind schlechte Voraussetzungen für die Zukunft des Bargelds. Läden bestehen immer mehr auf Kartenzahlung und die Bürger müssen auf Banknoten und Münzen verzichten und mit ihren Daten bezahlen. Die Wirtschaft schafft das Bargeld ab, befeuert von Kampagnen der Finanzwirtschaft.

Aber es gibt eine Lösung, und darum geht es in unserem Flugblatt. Wir können das EU-Parlament und die Regierungen dazu bewegen, Bargeld wirkungsvoll zu schützen. Unsere **Petition für den europaweiten Schutz des Bargelds** ist das ideale Mittel, Öffentlichkeit herzustellen und eine Debatte über die Vorzüge des Bargelds und die Gefahr seiner Verdrängung anzustoßen. Helfen Sie mit, die Petition bekannt zu machen, und nutzen Sie dafür das neue Flugblatt. ■

Hier Flugblatt direkt bestellen

<https://bargeldverbot.info/2025/05/29/flyer-petition/>

<https://775el.r.sp1-brevo.net/mk/mr/sh/7nVTPdZCTJDXPPHuLj26pgA5V-m7a52K/CrxCIKqZEKds>



„Die westliche Werteordnung ist nicht erst jetzt in Gefahr“

„Seit Jahren höre ich, die westliche Werteordnung sei in Gefahr. Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat, alles stehe auf der Kippe. Doch von welcher westlichen Werteordnung reden wir eigentlich?“

Für mich war sie in Gefahr, als wir begannen, Menschen aufgrund bestimmter Kriterien den Zugang zu Theatern, Kinos, Restaurants und Kirchen zu verwehren. Als wir Schilder aufhängten, die bestimmten Gruppen den Eintritt untersagten, nicht etwa wegen Verbrechen, sondern weil sie eine persönliche medizinische Entscheidung getroffen hatten.

Das Ende der Werteordnung kam, als wir ernsthaft darüber diskutierten, ob wir unliebsame Parteien verbieten sollten, Parteien, die in freien Wahlen von Millionen Menschen gewählt wurden.

Die Demokratie zu verteidigen, indem man sie abschafft. Was ist das bloß für eine absurde Logik?

Das Ende der Werteordnung kam, als Menschen öffentlich bedauerten, dass ein Attentat auf einen amerikanischen Präsidenten gescheitert war. Ein gescheiterter Mordversuch, beklagt von jenen, die sich sonst über „Hass und Hetze“ echauffieren.

Das Ende der Werteordnung kam, als der Glaube an den Krieg so übermächtig wurde, dass Pazifisten als „Lumpenpazifisten“ beschimpft wurden.

Das Ende der Werteordnung kam, als Steuergelder genutzt wurden, um gegen die

Opposition Politik zu machen, sei es durch Organisationen, die gezielt die Artikulation abweichen der Meinungen im Internet erschweren, oder durch die regierungsgestützte Organisation von Massendemonstrationen, bei denen bewusst Angst geschürt und übertriebene Nachrichten verbreitet wurden.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als ein Gesetz verabschiedet wurde, das erklärte, dass Politiker stärker vor Beleidigungen geschützt werden müssten als Bürger. Als die Türen morgens um sechs Uhr von bewaffneten Beamten des Staates geöffnet wurden, um Menschen, die einen Politiker als Schwachkopf bezeichnet hatten, ihre Smartphones und Rechner zu beschlagnahmen.

Das Ende der Werteordnung kam, als Beamte jauchzten, lachten und feixend erzählten, wie sie Hausdurchsuchungen in den frühen Morgenstunden durchführten.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als staatlich finanzierte Institutionen gegründet wurden, die der Bevölkerung erklären sollten, was wahr und was falsch ist, ganz so, als hätten freie Bürger nicht selbst die Fähigkeit, sich eine Meinung zu bilden.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als der Staat erklärte, er könne zwar das Weltklima retten, aber nicht die eigenen Grenzen schützen.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als erklärt wurde, es gäbe eine Religion, die man nicht mehr kritisieren, hinterfragen, parodieren oder infrage stellen durfte, ohne als geisteskrank,

gefährlich, rassistisch oder als Ketzer gebrandmarkt zu werden.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als Frauen das Recht abgesprochen wurde, sich für ihre Geschlechtsgegensinnen einzusetzen, weil sie damit angeblich Männer diskriminierten, die erklärten, Frauen zu sein.

Für mich war die westliche Werteordnung in Gefahr, als wir den Anderen aufgrund abweichender Meinungen zum Fremden und zugleich zur Bedrohung erklärten. Als wir begannen, Angst vor jeder noch so kleinen Veränderung im eigenen Denken zu haben.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als die Menschen wieder begannen, an Hexen zu glauben, an moderne Häretiker, an Abweichler, an Ketzer des Zeitgeistes. Als es plötzlich keine Debatten mehr gab, sondern nur noch Tribunale. Als es nicht mehr um Argumente ging, sondern um Anklagen, Verdächtigungen und Exkommunikation.

Das Ende der westlichen Werteordnung kam, als Menschen sich wieder flüstern hörten, was sie früher laut sagen durften. Als aus offenen Gesellschaften verschlossene Räume wurden, in denen nur noch geflüstert wird, aus Angst, dass ein falsches Wort das soziale oder gar berufliche Ende bedeutet.

Die westliche Werteordnung ist nicht erst jetzt in Gefahr. Sie wurde längst verraten, und zwar von genau jenen, die heute am lautesten behaupten, sie zu verteidigen.“

<https://x.com/Buurmann/status/1896884260025385137?t=VnQnGWmYNQq4oVYxN25WqA&s=19>

Keine Windräder im Oberallgäu



VON RALF MAURUS
UND CRISTEL BECK

■ **Der Regionale Planungsverband Allgäu bereitet eine erhebliche Ausweitung der Windkraft-Vorranggebiete vor sowie die Aufhebung des Ausschlussgebiets im Vor-alpenland. Dagegen formiert sich Widerstand der Bürger.**

Worum geht es?

Der Regionale Planungsverband¹ Allgäu (RPV) umfasst die Landkreise Lindau (Bodensee), Oberallgäu, Ostallgäu sowie die Städte Kempten und Kaufbeuren. Er plant

2,3% der Gesamtfläche dieses Gebiets als Windkraft-Vorranggebiete auszuweisen. Das sind Flächen, welche „bevorzugt für den Ausbau der Windenergie zur Verfügung stehen“.² In den Regionalplänen wird dies festgeschrieben. Damit schießt der RPV Allgäu jedoch über das Ziel hinaus. Gesetzlich gefordert werden im Rahmen des Windenergieflächenbedarfsgesetzes – WindBG lediglich 1,1% der Landesfläche bis Ende 2027 und 1,8% bis Ende 2032³.

Zum Vergleich: Alle Industrie- und Gewerbeflächen zusammen machen in ganz Deutschland nur 1,7% der Fläche aus! Die vom RVP Allgäu geplanten 2,3% sind mehr als das Doppelte des gesetzlichen Minimums (1,1%).

Voralpengebiet ist Ausschlussgebiet

Der RPV will nun dieses seit über 25 Jahren bestehende Ausschlussgebiet aufheben – ohne umfassende Bürgerbeteiligung und ohne Rücksicht auf die schützenswerte Natur unserer Region.

Bürgerinitiative

Die Initiative WEITblick., ein Zusammenschluss von Bürgern aus Weitnau, Missen-Wilms, Waltenhofen und anliegenden Gemeinden schreibt dazu auf ihrer Homepage⁴: „Die Voralpen-Region, die sich von Oberstaufen über Weitnau, Waltenhofen und Sulzberg bis nach Oyerstreckt und bis ins Ostall-

gäu reicht, ist seit 25 Jahren als Ausschlussgebiet für Windkraft ausgewiesen. Diese Entscheidung wurde bisher mit der ‚herausragenden landschaftlichen Attraktivität‘ begründet, die für die Erholung, den Tourismus und das Kurwesen in dieser Region von großer Bedeutung ist. Die Landschaft stellt somit eine der wesentlichen Säulen für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Raum dar.

Die Begründung, das Ausschlussgebiet aufzuheben, basierte auf dem Erlass einer Notverordnung wegen der Energiekrise, hervorgerufen durch den Ukraine-Krieg. Zwischenzeitlich hat sich die Lage aber dermaßen entspannt, dass für eine Notverordnung kein Raum mehr bleibt.“

Die wertvollen Erholungs- und Naturräume sind gefährdet. Sie sind es wert, so erhalten zu werden. Die Gemeinden Weitnau und Missen sehen das genauso und lehnen den Bau von Windrädern im Gemeindegebiet ab. Nur Waltenhofen sieht es anders. ■

1 Regionale Planungsverbände sind Organisationen, die als Träger der Regionalplanung die räumliche Entwicklung einer Region koordinieren. Sie zählen im Freistaat Bayern zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts. In den Planungsregionen in Bayern sind sie als Zusammenschluss der Gemeinden und Landkreise einer Region die Träger der Regionalplanung im übertragenen Wirkungskreis. (Wikipedia)

2 <https://www.stmwi.bayern.de/energie/erneuerbare-energien/windenergie/>

3 <https://www.gesetze-im-internet.de/windbg/BJNR135310022.html>

4 <https://www.initiative-weitblick.com/aktuelles-1>

Weiterführende Quellen zur Windkraft:

<https://tkp.at/2024/08/19/windraeder-in-feldern-super-gau-fuer-bauern-und-nahrungsmittelsicherheit/>
<https://www.dsgs-info.de/>

<https://tkp.at/2024/07/02/studie-windraeder-machen-menschen-und-tiere-krank-und-schaden-der-umwelt/>

https://www.achgut.com/artikel/frankreich_und_china_setzen_auf_kernkraft_deutschland_glaubt_an_wunder

<https://ansage.org/schlimmer-als-atomuell-schwermetallbelastung-und-gigantische-naturzerstoerung-durch-windkraft-und-solar/>

INFO-VERANSTALTUNG

Woher weht der Wind?

Eine kritische Bestandsaufnahme zu den Windkraftplänen für unsere Region.

Dienstag, 1. 7. 2025, 20 Uhr
87448 Waltenhofen, Mehrzweckhalle
Plabennestraße 9

Eröffnungsvortrag Dr. Gerd Ganteför:

■ **Energiewende im Faktencheck – zwischen Idealismus und Naturwissenschaft**

Plus Fachvorträge zu folgenden Themen:

- Aktuelle Planungen des Regionalen Planungsverbandes zu Vorranggebieten für Windkraft in Waltenhofen, Weitnau und Missen-Wilms.
- Die Haltung der Gemeinden / Ergebnisse der jeweiligen Gemeinderats-Sitzungen.
- Haupteinwände / Kritische Kosten-Nutzen-Abwägung unter spezieller Betrachtung folgender Schwerpunkte: geologische Voraussetzungen – Natur- und Artenschutz – Tourismus – gesundheitliche Risiken

EU verhandelt über Deregulierung bei gentechnisch veränderten Pflanzen

■ **Risikoprüfung und Kennzeichnungspflicht sollen wegfallen / Biologin: Gefahr unerwünschter Nebeneffekte bei gentechnischen Verfahren / Kritiker befürchten Deregulierung auch bei gentechnisch veränderten Nutztieren – US-Behörde erlaubt genomeditierte Schweine.**

Seit dem 6. Mai verhandelt die Europäische Union (EU) über eine weitgehende Deregulierung der Anwendung und Kennzeichnung gentechnisch veränderter Pflanzen. Im Vorschlag der EU-Kommission, der seit dem 5. Juli 2023 vorliegt, ist laut einem Bericht von „Agrar heute“ eine weitgehende Deregulierung für neue gentechnische Verfahren wie die Genschere Crispr/Cas vorgesehen. Für Pflanzen, bei denen bis zu 20 Erbgut-Bausteine im Genom eingefügt oder ersetzt werden, sollen unter anderem eine Risikoprüfung und eine Kennzeichnungspflicht entlang der gesamten Wertschöpfungskette wegfallen. Nur noch Saatgut soll gekennzeichnet werden. Damit sollen gentechnisch veränderte Pflanzen mit konventionell gezüchteten gleichgestellt werden.

Bereits am 14. März hatte sich eine knappe Mehrheit der 27 EU-Staaten für eine Deregulierung ausgesprochen. Das mehrheitliche Ja war Voraussetzung dafür, dass Trilog-Verhandlungen zwischen der EU-Kommission, dem EU-Rat und dem Europaparlament über den Vorschlag der Kommission Anfang Mai aufgenommen werden konnten. Schon vor rund drei Jahren ließ die EU-Kommission vier gentechnisch veränderte Pflanzen zu.

Der Berliner Verein „Gen-ethisches Netzwerk“ hatte sich nach der Entscheidung am 14. März „schwer bestürzt“ geäußert. Sollte der Vorschlag tatsächlich umge-



Illustration: bookdragon/Pixabay

setzt werden, würden „wichtige Errungenschaften wie das Vorsorgeprinzip, die Wahlfreiheit und Transparenz“ gekippt. Der „Blog der Republik“ verwies zu Jahresbeginn auf eine Stellungnahme der französischen Behörde für Nahrungsmittelsicherheit, Umwelt und Arbeitsschutz (Anses), die zu dem Ergebnis kam, der Begründung der EU-Kommission für ihren Vorschlag fehle eine „wissenschaftliche Grundlage“. Gerügt werden unklare, uneindeutige Begriffe im Vorschlagstext. Es sei nicht einmal eine Definition vorhanden, was die Kommission genau unter „konventionellen Pflanzen“ verstehe. Dies wird in der Stellungnahme als „großer Mangel“ kritisiert.

Laut Alexander Hissting, Geschäftsführer des Berliner Verbands „Lebensmittel ohne Gentechnik“

(VOLG), wird in der EU aktuell intensiv um die Deregulierung gerungen.

Strittig sei im Augenblick die Kennzeichnung der Lebensmittel für Endverbraucher sowie die Frage der Patentierbarkeit, wie er Multipolar auf Anfrage mitteilte. Hissting warnte zudem:

„Sollte es zu einer Deregulierung der neuen Gentechnik bei Pflanzen kommen, steht danach für die Biotechlobby eine Aufweichung der Regelungen für gentechnisch veränderte Tiere ganz oben auf der Tagesordnung.“

Ähnliches befürchtete auch die „Schweizer Allianz Gentechnikfrei“ (SAG). Zsafia Hock, Biologin und SAG-Mitglied erläuterte auf Anfrage von Multipolar, dass die Genschere Crispr/Cas bei der Veränderung von Nutztieren „zu einem Boom“ geführt habe: „Die Technologie ist sehr lukrativ.“ Würden Pflanzen aus neuer Gentechnik in der EU und in der Schweiz zugelassen, könnte dies ein „Türöffner für Gentechtiere“ sein. Aber auch die Gefahr, dass tierische Produkte aus neuer Gentechnik unbemerkt in den Handel gelangen, steigt laut Zsafia Hock: „Insbesondere, wenn Kontrollmechanismen versagen oder gesetzliche Vorgaben gelockert werden.“ Das Risiko verschärfe sich, je mehr Produkte in Ländern mit weniger strengen Regulierungen Marktzulassungen erhalten.

Eingriffe mit der Genschere könnten laut Hock unerwünschte Nebeneffekte verursachen, da nicht hundertprozentig präzise gearbeitet werden könne. Werde ein Genort verändert, könne sich dies vielfältig auf den Stoffwech-

sel auswirken. Es könnten „neue Inhaltsstoffe gebildet werden, darunter eventuell Allergene“, erläutert sie. Besonders kritisch sieht sie die aktuellen Erfolge bei genomeditierten Schweinen, die gegen die Virusinfektionen „Porzines Reproductives und Respiratorisches Syndrom“ (PRRS) immun sein sollen. Bisherige Versuche, die Infektionen „per Impfung zu stoppen, führten zur Entstehung neuer Virusvarianten, die sogar Teile der Impfstoffe in ihr Erbgut übernommen hatten und noch virulenter wurden“, sagt Zsafia Hock.

In den USA hat die Behörde für Lebensmittelsicherheit soeben jedoch genau solche gentechnisch veränderten Schweine zugelassen. Auch darüber berichtete „Agrar heute“. Die Schweine stünden demnach kurz vor dem Eintritt in die menschliche Nahrungskette. Ein Sprecher des Zuchtunternehmens geht laut dem Bericht „nicht davon aus, dass Schweinekoteletts oder anderes Fleisch mit einem Hinweis auf ihre gentechnische Veränderung gekennzeichnet werden müssen“. Eine Kennzeichnungspflicht sei nicht bekannt. ■

Dieser Artikel erschien am 22. Mai 2025 auf Multipolar: <https://multipolar-magazin.de/meldungen/0260w>



Illustration: Benoit de Haas/Pixabay



Demokratie- verhinderungsvorschriften* – in einfacher Sprache.

VON HERBERT MAYER

■ Alle vier oder fünf Jahre dürfen die Bürger zum Wählen gehen. Dann können wir aus einer ganzen Reihe von Parteien die aussuchen, die uns am besten gefallen. (Ich kann nichts dafür, dass ich immer die wähle, die am Ende verlieren.**)

Ja, klar. In einer Demokratie gewinnt die Partei, die die meisten Stimmen bekommt. Und das sind in Deutschland, seit gefühlt 100 Jahren, immer die Gleichen. Da gibt es die CDU/CSU (leider immer noch), die SPD (völlig daneben), die Grünen (mittlerweile überflüssig), die FDP (bis jetzt noch), die Linke (jetzt verstärkt wieder) und die AfD (stark wie nie).

Damit das möglichst so bleibt, haben sich die „Großen“ ein paar fiese Tricks ausgedacht. Man will auf keinen Fall, dass man sich den Kuchen noch mit anderen teilen muss, den sogenannten Kleinparteien. Dazu haben sie sich die Fünf-Prozent-Hürde einfallen lassen. Die allermeisten dieser kleinen Parteien kommen da einfach nicht darüber. Dann tun die „Großen“ so, als wären diese „Kleinen“ überhaupt nicht da. Deshalb nennt

man sie abwertend nur „Sonstige“. Das hat was mit Geringschätzung zu tun. Manchmal sind das zusammen immerhin fünf oder zehn Prozent. Aber die sind dann für den Papierkorb. Und das finden die großen Parteien und auch die Medien ganz richtig so. Heikel wird es erst, wenn eine Partei, wie zuletzt die der Sahra, so ganz knapp an den fünf Prozent vorbeischrammt. Dann braucht man ein paar zuverlässige „Wahlhelfer“, die das rechtzeitig „erkennen“ und „regeln“. Wenn es auffällt, ist das auch nicht schlimm. Vielleicht bekommen ein paar Leute starke Zweifel, ob alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Ungefähr 10.000 Stimmen haben dem BSW bei der Bundestagswahl 2025 gefehlt. Das lässt man nun prüfen. Aber das stört die anderen nicht sehr, sie machen jetzt einfach ihr Ding erstmal weiter ohne Sahra. Und warten gelassen die Klagen dagegen ab – so ein Gerichtsweg der dauert und dauert und dauert ...

Diese Hürde ist den „Großen“ aber noch nicht hoch genug. Es könnte ja sein, dass so ein Neuling völlig unerwartet doch auf Anhieb darüber springt. Also muss vorher

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: Unzensiert
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.

noch ein Stein in den Weg gelegt werden. Und irgend ein findiger Jurist oder Korinthenkacker oder wer auch immer kam wohl auf die Idee, dass man diese kleinen Parteien ja vorher schon etwas piesacken könnte. Man lässt sie also im Vorfeld sogenannte Unterstützerunterschriften sammeln. Und so laufen sich die vielen Ehrenamtlichen regelmäßig vor den Wahlen die Hacken ab. Die „Großen“ sitzen währenddessen gemütlich auf dem Sofa und schauen zu. Und sie spekulieren häufig richtig: Manchmal gelingt das Sammeln aus den verschiedensten Gründen nicht. Die aber, die es schaffen, haben zunächst mal schon ziemlich viel Energie verbraucht, bevor sie überhaupt an Wahlkampf denken können.

Damit den „Parteianfängern“ die Lust aber schon auf der „untersten“ Stufe, bei den Kommunalwahlen vergeht, haben sich die Großen noch ein paar weitere Hindernisse einfallen lassen. Denn auch in den Kommunen sollen die „Kleinen“ möglichst von Stadt- und Gemeindeparlamenten ferngehalten werden. Sie wollen nämlich auch nach Kommunalwahlen unter sich bleiben. Nach dem Motto: Wie können wir sicherstellen, dass wir in unseren Parlamenten auch weiterhin schalten und walten können wie wir wollen – ungestört von Miesmachern, die unbequeme Fragen stellen, oder gar unseren schönen Gemeinschaftsgeist kaputtreden? Wir machen die Spielregeln am bes-

ten auch hier so, dass nur der mitspielen darf, den wir dabei haben möchten.

In den Kommunalparlamenten gibt es ja aus Sicht der Etablierten leider keine Fünf-Prozent-Hürde. Nun greifen sie auf die bewährte Methode zurück und erschweren die Bedingungen noch. Und dann geht das Spiel wieder von vorne los: „Neue“ müssen erneut zeigen, dass es genügend Leute gibt, die möchten, dass sie auch in den Kommunen mitmachen dürfen. Und diesmal müssen es gaaanz, gaaanz viele Unterstützungsunterschriften sein. Nach der Anzahl der Einwohner soll sich das richten und man hat maximal sechs Wochen Zeit. Und das oft mitten im Winter. Da muss man erst mal draufkommen. Die sogenannten kleinen Parteien erreichen dann häufig mit hängender Zunge ausgenutzt das Ziel. Oder eben auch nicht, denn zum Sammeln kommt noch erschwerend dazu (besonders heimtückisch), dass die Unterschrift auf den Ämtern der Stadt persönlich geleistet werden muss. Für die meisten Menschen eine Zumutung und ein No-Go. Dann entfaltet sich endlich auch die ganze Wirkung der jahrelangen Diffamierung: Wer will sich schon in der eigenen Gemeinde als Unterstützer „rechtslastiger“ Corona-

Leugner, Putin-Versteher, Klima-Skeptiker und Feinde unserer Demokratie outen, wenn er für die „falsche“ Partei seine Zustimmung signalisiert?

Der Ordnung halber muss erwähnt werden, dass sich kleinere Parteien an bereits etablierte anhängen und eine gemeinsame Wahlliste erstellen könnten. Dann werden keine Unterstützerunterschriften gebraucht, aber man läuft Gefahr, seine „Partei“seele zu verkaufen, um an einen der Töpfe zu kommen. Und da stellt sich dann die Frage: wer mit wem? Und macht man sich freiwillig zum Steigbügelhalter oder verzichtet man lieber auf Posten und Pöstchen?

Wenn Ihr das alles so in Ordnung findet, müsst Ihr auch künftig nichts an Eurem Wahlverhalten ändern.

** Die rechtlichen Grundlagen für die Kommunalwahl sind im Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz (GLKrWG) und der Gemeinde- und Landkreiswahlordnung (GLKrWO) festgelegt. Diese Dokumente sind unter bayern.de abrufbar.*

*** Frei nach Dieter Hildebrandt*



Illustration: Alana Jordan/Pixabay

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer
IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schief läuft.

Ihre Redaktion

Aufkleber soll vor Hitze schützen

Die Stadt Soest hat sich eine besondere Aktion einfallen lassen: Spezielle Aufkleber sollen die Menschen vor Hitze warnen. Diese sind mit Thermochromfarben bedruckt. Sie verändern ihre Farbe von Schwarz auf Rot, sollte es wärmer als 28 Grad werden. Der Sticker soll dort angebracht werden, wo es besonders warm ist – wie in Räumen mit Süd- oder West-Fenstern. Über einen QR-Code können Menschen Verhaltenstipps und Informationen zum Hitzeschutz abrufen. Die Aufkleber sind kostenlos und werden über kommunale Einrichtungen und bei Veranstaltungen des Kreises Soest verteilt. RTL West



UNZENSIERT möchte die Sicherheit der Bürger in Soest unterstützen und macht auf weitere Gefahrenquellen aufmerksam:

Achtung: Regen ist nass.

Vorsicht: Halten Sie Ihren Hut fest, wenn es windet.

Bitte beachten: Im Frühjahr schlagen Bäume aus.

Bitte bedenken Sie: Bei Nacht ist es dunkel.

Unbedingt vermeiden: Sagen Sie Ihren Behörden nicht, dass sie das alles für bescheuert halten, sonst bekommen Sie vielleicht bald ungebeten Besuch, weil Sie vielleicht ein NAZI sind.

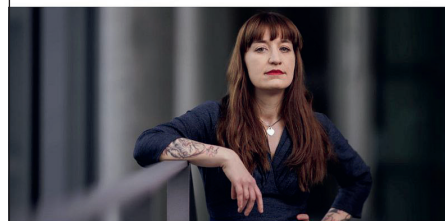
Liebe Behörden in Soest: Wem fällt solcher Schwachsinn ein?

welt ABO

LINKEN-POLITIKERIN

Demokratie „ernsthaft bedroht“ – Heidi Reichennek ruft zu Sturz des Kapitalismus auf

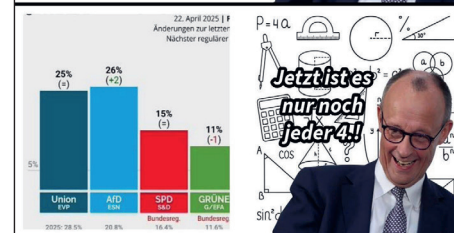
Stand: 05:15 Uhr | Lesedauer: 2 Minuten



Heidi Reichennek (Die Linke) aufgenommen in Berlin, 09.04.2025.
Quelle: picture alliance/photothek.de/Kira Hofmann

Linken-Politikerin Heidi Reichennek sieht einen „demokratischen Sozialismus“ in Deutschland als das politische Ziel ihrer Partei. Weil der Sozialstaat von Reichen „immer weiter ausgehöhlt“ werde, müsse der Kapitalismus gestürzt werden. Sie selbst bezeichnet die 37-Jährige als bodenständig.

Wenige Stunden später unterstützte die Linke Friedrich Merz bei der Wahl zum Kanzler. Der „Sturm auf den Kapitalismus“ gipfelt also im Kuschkkurs mit BlackRock Merz. Das verstehe, wer will.



Was grenzt an Dummheit?

Österreich, Schweiz, Dänemark, Polen, Tschechien, Frankreich, Luxemburg, Belgien und Niederlande.

